

PROTOKOLL ZUR 12. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 17.11.2008
Beginn: 16:15 Uhr
Ende: 21.15 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Matthias Goetz & Franziska Meinhardt
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 11. Sitzung des Mediationsforums am 29.09.2008
4. Berichte aus den Arbeitskreisen:
 - 4.1 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 09.07.2008
 - 4.2 AK „Sanierung“ vom 14.10.2008 und vom 05.11.2008
- 5 Was gibt es Neues / Berichtenswertes?
 - 5.1 Status und Fortgang der temporären Sicherungsmaßnahmen zur Entfernung der Betonklötze (WSA)
 - 5.2 Verwaltungsprozedere Vergabeverfahren im Allgemeinen (WSV)
- 6 Stand der Dinge:
 - 6.1 Masterplan - Gedanke (BZA's + SenStadt)
 - 6.2 Entwurf eines Fragenkatalogs zur Weiterentwicklung des Landwehrkanal-Gutachtens von 1990 (LDA + WSA + SenStadt)
 - 6.3 AK „Planerbeauftragung“: Beauftragung weiterer Sanierungsvarianten über Plass hinaus (BI)
- 7 Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten das Forum und insbesondere die Gäste der 12. Sitzung des Mediationsforums: Frau Kirchhoffer, Baureferendarin beim Wasserstraßenneubauamt, sowie Herrn Dr. Gödde von SenStadt 1E. Frau Voskamp wies darauf hin, dass sich Frau Weigelt-Pillhofer und Herr Deitmar entschuldigt hätte und Frau Tonn und Frau Kalepyk etwas später kämen.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Herr Dohna bat darum, dass in die Tagesordnung der Punkt ‚Stand der Dinge hinsichtlich der geophysikalischen Untersuchungen‘ aufgenommen würde. Frau Voskamp bot an, dies unter dem TOP Bericht aus dem AK Naturhaushalt und Landschaftsbild zu behandeln.

Frau Enwaldt bat um Vorziehen des Punktes „Masterplan-Gedanke“ in den TOP ‚Was gibt es Neues/Berichtenswertes?‘. Sie begründete dies u.a. damit, dass wenn es heute zu einer Abstimmung hinsichtlich der Sanierung am Maybachufer kommen sollte, man zuvor wissen wolle, wie es um dieses Thema stehe. Sie wolle an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass sie den Eindruck habe, dass die Wünsche der Kreuzberger Bürger langsam verschwinden würden. Frau Enwaldt betonte, sie würde diesen Tagesordnungspunkt gerne unter ‚Was gibt es Neues / Berichtenswertes‘ sehen, würde sich aber dem fügen, wenn das Forum etwas anderes wolle.

Mehrere Teilnehmer/innen äußerten, die Tagesordnung in der vorgelegten Form ohne diese Änderung der Reihenfolge beibehalten zu wollen.

Damit wurde die Tagesordnung mit der Ergänzung ‚Stand der Dinge hinsichtlich der geophysikalischen Untersuchungen‘ beschlossen.

3. Beschluss über die Protokolle der 11. Sitzung des Mediationsforums am 29.09.2008

Das Protokoll wurde ohne Änderungen beschlossen.

4. Berichte aus den Arbeitskreisen:

4.1 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 09.07.2008

Frau Voskamp stellte die Ergebnisse der AK-Sitzung „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 09.07.2008 vor (vgl. Protokoll der Sitzung).

Die Bezirksämter hätten bei diesem Termin davon berichtet, dass sich die Grünpflege der Stadt Berlin insgesamt in einer prekären Lage befände.

Anschließend habe Herr Ehlert von SenStadt über den Biotopverbund Berlins referiert. Herr Ehlert habe dargestellt, dass er noch keine konkreten Aussagen zum Biotopverbund am Landwehrkanal treffen könne. Der Biotopverbund könne nicht an bestimmten Arten festgemacht werden, sondern man habe Leitarten definiert an denen man sich orientieren könne. Die Ergebnisse der Arbeit seien nur behördenverbindlich. Die Sanierung des Landwehrkanals dürfe nicht zu einer Verschlechterung der Verbundsituation führen. Der Biotopverbund könne auch eine Grundlage für Kompensationsmaßnahmen liefern.

Im Termin seien außerdem die Untersuchungen von KUBUS dargelegt worden: Man habe u.a. dabei festgestellt, dass bei vier gefälltten Bäumen (Ahorn, Weide, Pappel, Erle) keine Wurzelbildungen tiefer als 70 cm zu finden gewesen seien. In 90 cm Tiefe sei der Boden wassergesättigt, Hohlräume seien keine gefunden worden. Eine Verbackung der Wurzeln

mit dem Mauerwerk sei nicht festgestellt worden. Die Ergebnisse lassen zunächst keine Übertragbarkeit auf andere Bäume und Situationen zu.

KUBUS könne eine Validierung der Methode von Herrn Weihs durchführen. Im Arbeitskreis sei es zu keiner Beschlussempfehlung für das Forum gekommen.

Die Forumsmitglieder diskutierten den Fortgang in Bezug auf die Durchführung geophysikalischer Untersuchungen.

Herr Kessen erinnerte ergänzend daran, dass es darum ginge die vorgestellten Methoden zu testen, um so beispielsweise Rückschlüsse auf andere Abschnitte ziehen zu können und damit den Verantwortlichen eine weitere Entscheidungsgrundlage an die Hand geben zu können, wie künftig mit ähnlichen Situationen umgegangen werden könne.

Mehrere Forumsmitglieder unterstützten die Notwendigkeit der Untersuchungen und plädierten für eine entsprechende Beschlussfassung des Forums. Auf Nachfrage der Mediatoren waren die Forumsmitglieder damit einverstanden.

Frau Bugner wies darauf hin, dass dann zunächst ausstünde, gemeinsam geeignete Abschnitte für die Untersuchungen auszuwählen.

Frau Kleimeier schlug vor, wenn man sich einig über das ‚Ob‘ sei, man sich über das ‚Wo‘ im kleinen Kreis einig werden können. Das Forum stimmte diesem Vorgehen zu.

Folgende Interessengruppen und Personen kommen zusammen, um über das ‚Wo‘ zu beraten:

BI / Anwohner: Frau Fortwengel

BI / BaL: Frau Kleimeier, Herr Appel

WSA Berlin

Vertreter/innen der jeweils betroffenen Bezirke.

Dem Vorschlag von Frau Guttzeit, mögliche Auftragnehmer erst in einem zweiten Schritt zu beteiligen, stimmte das Forum zu.

Frau Riemer kündigte an, die Beteiligten über die Mediatoren zum Termin einzuladen. Frau Voskamp erinnerte daran, Emails an die Mediatoren immer an beide zu senden.

Herr Kessen konstatierte, dass das Forum zu diesem Punkt folglich eine Vereinbarung getroffen habe.

Zum Thema Biotopverbund ergänzte Frau Kielhorn, dass es grundsätzlich nicht zu einer Verschlechterung kommen dürfe. Es sei ihrer Ansicht nach zu prüfen, wie mit der Artengruppe der Fische umzugehen sei. Ansonsten lägen am Landwehrkanal überwiegend Grünanlagen, die keine hochwertigen Flächen darstellten. Arten, die im Biotopverbund als Leitarten gekennzeichnet seien, kämen ihres Wissens am Kanal nicht vor. Der Bereich um die Lohmühle stelle eine Ausnahme dar: Dort sei ein Biber einmal festgestellt worden - dies sei aber seitdem nicht wieder bestätigt worden. Der Grünzug entlang des Landwehrkanals sei im Sinne des Biotopverbunds wichtig, es gebe aber aus ihrer Sicht keine notwendigen Maßnahmen. Neben Stichworten wie einer Extensivierung der Pflege und der Förderung einheimischer Vegetation könne man nur ‚Allgemeinplätze‘ formulieren, aber nicht mehr.

Herr Augsten wandte ein, das Thema Biberschutz nicht nachlässig zu behandeln. Es gebe im Rahmen des Biberschutzprogramms bereits Aussagen dazu und beispielsweise an der O2-World Ansätze, den Biotopraum für den Biber attraktiv zu machen.

Frau Kielhorn entgegnete, dass es sich bei diesem Beispiel um eine Situation an der Spree handele und dass ein Fluss anders einzuordnen sei als ein Kanal.

Herr Appel widersprach und betonte, dass es Rote-Liste-Arten am Kanal gäbe, so z.B. den Eisvogel. Der Bereich um die Lohmühle soll sehr interessant sein. Man könne das seiner Auffassung nach noch gar nicht einschätzen, weil man noch gar nicht alles kartiert habe.

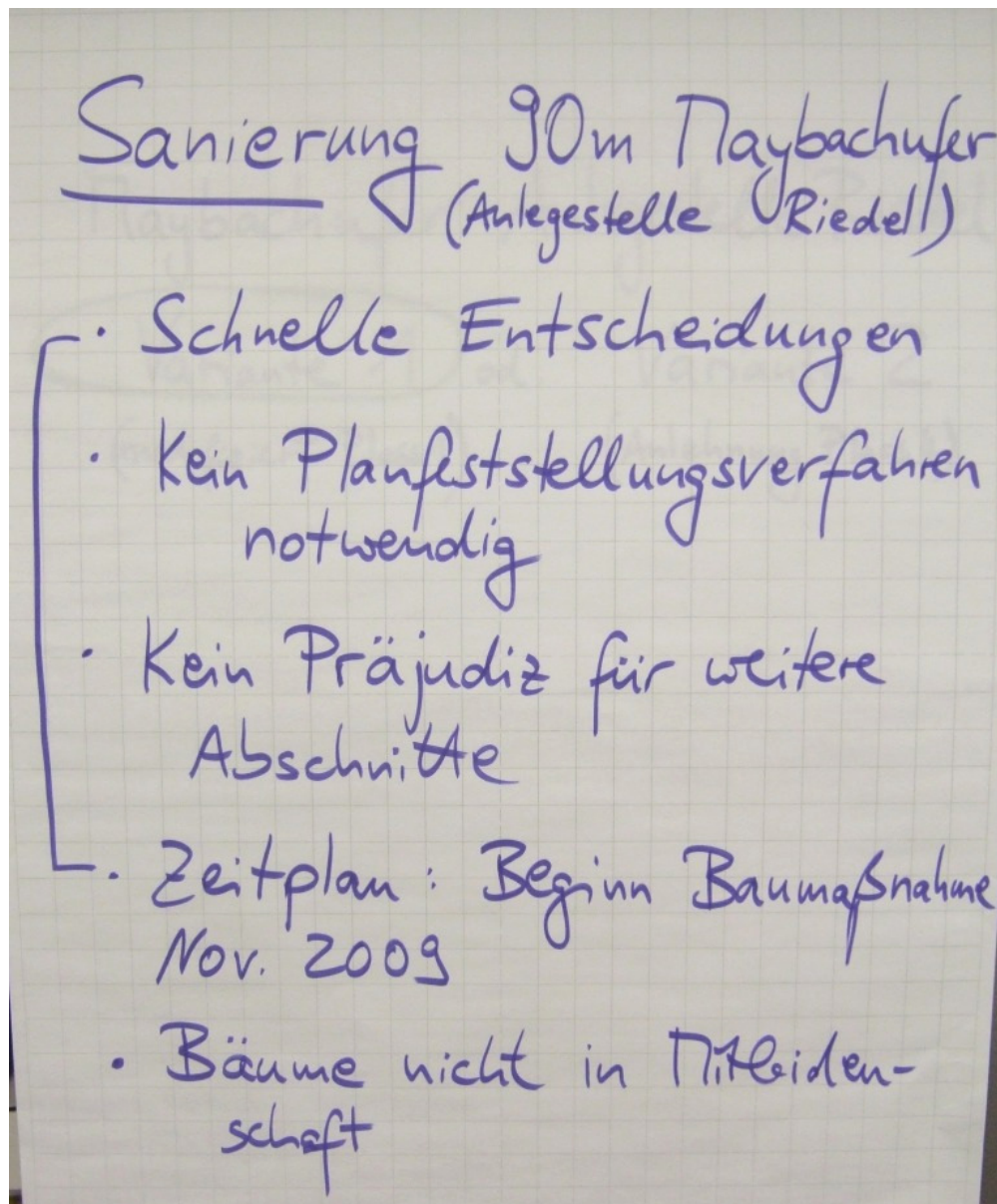
Die Korridorfunktion sei nicht zu bestreiten. Herr Appel plädierte dafür, alles genau in Augenschein zu nehmen und eine floristische und faunistische Kartierung durchzuführen. Dabei sollte auch festgestellt werden, wo mögliche Ersatzmaßnahmen greifen könnten. Vor allem gehe es darum, nicht den - vorbehaltlich genauerer Untersuchungen womöglich bescheidenen *Status quo* - festzureden, sondern naturschutzfachlich Potentiale auszuloten und zu entwickeln: Flachwasserzonen, Durchlässigkeit, Anbindung an Tiergartengewässer und dergleichen mehr.

Das Forum sprach sich dafür aus, die weitere Diskussion darüber bei Bedarf in den betreffenden Arbeitskreisen zu führen.

4.2 AK „Sanierung“ vom 14.10.2008 und vom 05.11.2008

Herr Kessen berichtete über Inhalt und Ergebnis der beiden Sitzungen des AK Sanierung, die sich mit der Sanierung des Maybachufers / Anlegestelle Riedell beschäftigt haben:

Der AK Sanierung einigte sich auf folgende Kriterien für eine Sanierungsvariante:

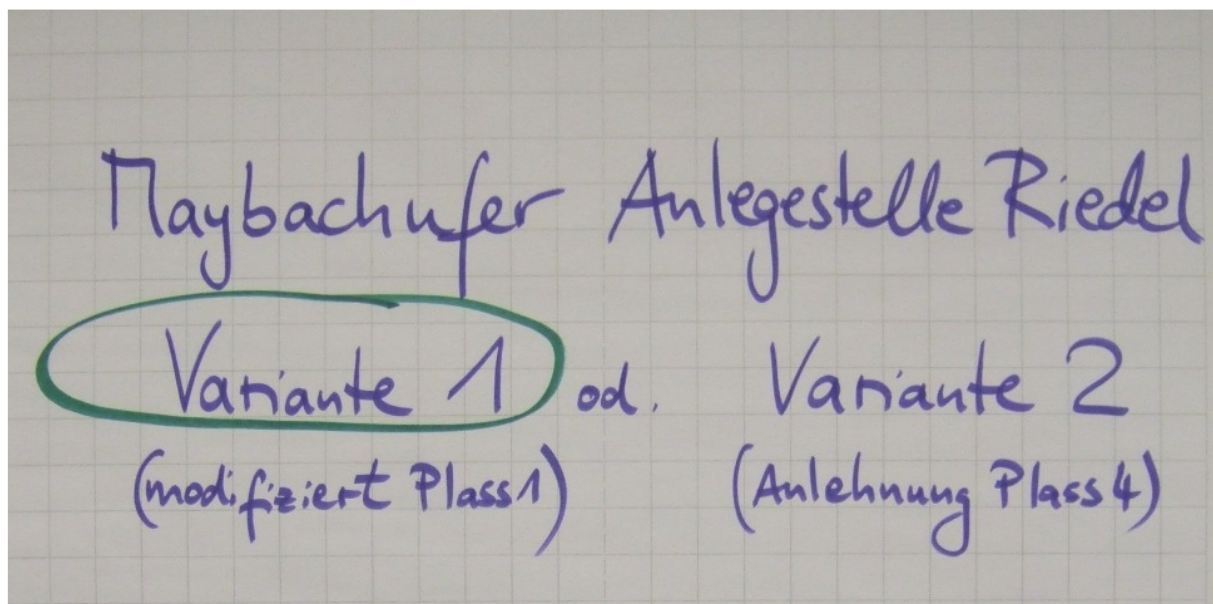


Herr Kessen fasste zusammen, dass die vom AK Sanierung vorgeschlagenen Sanierungsvarianten konkret sich auf 90 m am Maybachufer (Anlegestelle Riedel) beziehen würden, dort sei die Mauer abgerutscht - eine Sanierung und eine schnelle Entscheidung darüber seien daher dringend notwendig. Egal welche Sanierungsmethode gewählt würde, der AK sei sich einig, dass es nicht zu einem Planfeststellungsverfahren kommen sollte, um eine zeitnahe Umsetzung zu ermöglichen. Der Entschluss für eine bestimmte Sanierungsvariante solle zudem kein Präjudiz dafür darstellen, wie mit den übrigen Abschnitten umzugehen sei. Das WSA habe geprüft und zugesichert, dass die ausgewählten Varianten die in diesem Abschnitt stehenden Bäume nicht in Mitleidenschaft ziehen würden. Nach dem Zeitplan des WSA könnte bei einer Entscheidung des Forums in diesem Jahr dann im November 2009 mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Frau Kleimeier stellte klar, dass am Maybachufer nur 30 m abgerutscht seien, eine Sanierung jedoch auf 90 m erfolgen solle. Das Maybachufer nehme damit eine Sonderstellung ein. Frau Riemer betonte, es seien 11 km des Landwehrkanals sanierungsbedürftig, akut schadhaft seien 30 m. Herr Dohna führte aus, dass es Firmen gebe, die auch bei kleinen Uferbereichen ab 8 m Uferlänge arbeiteten und brachte damit zum Ausdruck, dass er das Argument des WSA nicht anerkennen wolle, dass sich erst Längen ab 90 m für Baufirmen lohnen würden. Das WSA führte ergänzend aus, dass in der Zwischenzeit festgestellt worden sei, dass die gesamte ausgewählte Länge schadhaft und dringend sanierungsbedürftig sei.

Herr Kessen fasste weiter zusammen, dass im Arbeitskreis zwei Sanierungsvarianten herausgearbeitet worden seien, die die oben genannten Kriterien erfüllen würden.

Die Mediatoren baten die Teilnehmer/innen, sich zunächst die Varianten vorstellen zu lassen, dann die Unterschiede zu diskutieren und - wenn möglich - sich für eine Variante zu entscheiden. Die Varianten sollten ab sofort (um etwaigen Begriffsverwirrungen vorzubeugen) Variante 1 (dabei handelt es sich um die modifizierte Variante Plass 1) und Variante 2 (dabei handelt es sich weitgehend um die Variante Plass 4) bezeichnet werden.



Auf die Frage von Frau Fortwengel, welche Unterschiede es bei den beiden infrage kommenden Sanierungsvarianten hinsichtlich der Bauzeit gebe, erläuterte Herr Scholz, dass die Bauzeit bei Variante 2 um rd. zehn Tage länger als bei Variante 1 sein würde.

Herr Scholz stellte die beiden zur Auswahl stehenden Varianten anhand einer Powerpointpräsentation vor (Anlage zum Protokoll). Er legte Vor- und Nachteile der beiden

Varianten dar und stellte fest, beide Varianten seien oberhalb der Wasseroberfläche 1:1 gleich. Unter der Wasseroberfläche gäbe es Änderungen im Bauverfahren.

Herr Appel wies darauf hin, es falle ihm schwer, eine Entscheidung zwischen diesen beiden Varianten zu treffen und fragte nach möglichen Auswirkungen auf das Denkmal-Bauwerk bei Spundwandddurchpressung.

Herr Scholz führte aus, dass das Anbohren erschütterungsfrei durchgeführt werden würde. Anschließend würde eingepresst; dadurch würde die Gefahr gering sein, dass etwas nachrutscht oder einstürzt. Man verfüge über Erfahrungswerte, aber man könne nichts zu 100% ausschließen. Das Verfahren sei nach dem Stand des Wissens als relativ sicher einzuschätzen.

Herr Lingenauber fragte in Bezug auf die beiden Sanierungsvarianten nach Unterschieden der oberirdischen Uferansicht.

Variante 1 habe nach Angabe von Herrn Scholz möglicherweise weniger Auswirkungen auf die Maueransicht über der Wasseroberfläche. Der Vorteil dieser Variante sei, dass nicht die gesamte Mauer aufgenommen werden müsste; in Teilen würde das alte Ufermauerwerk stehen bleiben können und stabilisiert werden. Die Uferansicht würde bis etwa 10-20 cm unter der Wasseroberfläche in ihrem Erscheinungsbild unverändert sein nach Abschluss der Arbeiten.

Bei Variante 2 würde jeder Stein aufgenommen werden müssen und bei der Variante 1 könne man einzeln ausbessern. Herr Scholz wies darauf hin, dass bei der Variante 1 in Abständen von etwa 2,50 m Erdnägel gesetzt werden müssten und an diesen einzelnen Stellen auch einzelne Steine entfernt werden müssten.

Herr Kessen fasste zusammen, dass es demnach keinen gravierenden Unterschied geben würde im Erscheinungsbild der beiden Varianten nach Fertigstellung der Bauarbeiten, und dass die Wahrscheinlichkeit, das Bauwerk in seiner bestehenden Form erhalten zu können bei Variante 1 noch etwas höher sei.

Herr Lingenauber stellte fest, bei beiden Varianten wäre die unterirdische Konstruktion allerdings verloren, was so bestätigt wurde.

Auf die Frage von Frau Enwaldt, inwiefern sich die beiden Varianten hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Baumbestand positiv oder negativ auswirken bzw. unterscheiden würden, stellte Herr Scholz klar, dass beide Varianten den Baumbestand in keiner Weise beeinträchtigen würden, dies könne er garantieren.

Frau Enwaldt betonte, sie habe Sorge, dass die Wünsche der Bürger, die sie im Forum vertrete, durch die Variantendiskussion in den Hintergrund geraten könnten. Diese bestünden vorrangig darin, dass die Bäume nicht beschädigt werden dürften. Man wolle wissen, was saniert werden müsste und was dabei passiere. Von ihrer Seite könne sie nur für diese besondere Stelle einer Variante zustimmen, weil sie anerkenne, dass es hier schnell gehen müsse.

Herr Scholz versicherte, dass bei den übrigen 10 km diejenige Variante zur Ausführung kommen würde, die im Forum jeweils beschlossen werde.

Auf die Frage, welche der beiden Varianten die billigere sei, erwiderte Herr Scholz, dass Variante 1 kostengünstiger sei als Variante 2: Dadurch, dass nur einmal eine Spundwand eingebracht werden müsste, seien weniger Arbeitsschritte erforderlich und weniger Materialeinsatz nötig. Bisher lägen allerdings nur erste Kostenschätzungen vor. Man müsse die Zahlen noch dem Nutzen gegenüberstellen. Sobald die Zahlen vorlägen, könnten diese an die Forumsmitglieder per Email verteilt werden.

Frau Guttzeit legte großen Wert drauf, dass im Protokoll der Vermerk aufgenommen werde, dass die BI es als Entgegenkommen ansehe, einer Sanierung am Maybachufer mittels einer der beiden infrage stehenden Sanierungsvarianten zuzustimmen. Sie betonte, dass dies nur aufgrund der Dringlichkeit der Sanierung an dieser Stelle möglich sei. Für die weiteren 10.910 m bestünde weiterhin die Forderung nach einer ganzheitlichen Gesamtplanung. Diese Forderung habe für die BI hohe Priorität. Außerdem gelte es, weitere Sanierungsvarianten, die über die bisher vorliegenden hinausgehen würden, erarbeiten zu lassen und zu prüfen. Es sei ihrer Ansicht nach wichtig zu betonen, dass dieses Vorgehen nicht einreißen dürfe und die BI durch Sachzwänge zur Entscheidung gezwungen würde.

Herr Kessen erwiderte, dass nach Wahrnehmung der Mediatoren alle Beteiligten daran interessiert seien, Lösungen zu finden, die von allen getragen werden können, bevor weitere Mauerabschnitte einstürzen und schnelle Sanierungsmaßnahmen notwendig machen würden.

Herr Scholz versicherte zudem, dass das WSA sein Wort halten werde, dass nur das umgesetzt werde, was gemeinsam im Forum beschlossen würde.

Herr Lingenauber betonte, dass in den vergangenen Forumssitzungen verabredet worden sei, dass der Masterplan vom Mediationsverfahren entkoppelt sei und beklagte diesbezüglich eine Unschärfe in der Diskussion. Auf seine Frage hinsichtlich der Länge der betreffenden Anlegestellen antwortete Herr Freise, dass die Bestandssituation auch das Maximum in der Zukunft darstellen würde und die Anleger nicht durchgehend seien, sondern aus drei Abschnitten (2m, 8m, 20m) bestehen würden.

Herr Appel führte aus, dass die BI/BaL Variante 1 favorisieren würde. Außerdem betonte er, dass die Forderung nach einer ganzheitlichen, interdisziplinären und fachwissenschaftlichen Herangehensweise für die übrigen Abschnitte weiterhin bestünde - ob aus dem Masterplan etwas werden würde oder nicht.

In der anschließenden Pause bestand für alle Forumsmitglieder die Möglichkeit, sich auszutauschen, die beiden Varianten zu diskutieren und noch offene Fragen zu formulieren bzw. bereits zu klären.

Herr Kessen fasste nach der Pause zusammen, dass zwei konkrete Sanierungsvarianten für das Maybachufer / Anlegestelle Riedel vorliegen würden.

Für die Variante 1 wurden folgende Vorteile genannt:

- Weniger Lärm während der Sanierung
- Entspricht mehr den Ansätzen des Denkmalschutzes
- Nur einmaliges (gegenüber zweimaligem bei Variante „Plass 4“) Einpressen der Spundwand
- Geringere Kosten.

Frau Kleimeier ergänzte, dass vor der Anlegestelle Riedel Dalben stünden. Die Variante 1 wäre finanziell die günstigere Variante, weil bei dieser Variante nur zwischen den Dalben und der Uferbefestigung gearbeitet werden müsse. Auf Nachfrage von Herrn Appel, wie die Zwischenräume verfüllt würden, erklärte Herr Scholz, dass hierfür Wasserbausteine verwendet werden würden. Herr Rehfeld-Klein begrüßte dies aus ökologischer Sicht.

Auch Nachfrage von Frau Guttzeit, ob und wo Anlegestellen für Ruderboote und Solarboote am Maybachufer sein könnten, schlug Herr Kessen vor, diesen Punkt erst nach dem möglichen Beschluss zu erörtern, da die Entscheidung für eine der beiden vorgestellten Varianten unabhängig von der zukünftigen Gestaltung der Anlegestellen sei.

Im Forum wurde kurz diskutiert, wann und wie der Denkmalschutz mit in die Planungen einbezogen werde und ob ein Benehmen oder ein Einvernehmen zwischen den Behörden hergestellt werden müsse.

Die Teilnehmer/innen kamen darin überein, dass die Abstimmung mit den zu beteiligenden Behörden so frühzeitig wie möglich und somit weit vor der im Zeitplan dargestellten Ausführungsplanung / Vergabe der Bauleistungen stattfinden müsse, nämlich bereits zum Zeitpunkt des Entwurfs. Ziel sei - unabhängig vom Erfordernis des Benehmens oder Einvernehmens und was rechtlich vorgeschrieben sei - frühzeitig einen Konsens zwischen WSA, Denkmalschutz und weiteren betroffenen Institutionen herzustellen.

Die Mediatoren fragten die Forumsmitglieder, ob eine der beiden vorgestellten Sanierungsvarianten am Maybachufer (Anlegestelle Riedel) umgesetzt werden sollte, so dass die Baumaßnahmen 2009 beginnen könnten: Es gab keine Gegenstimmen.

Per Handzeichen wurde anschließend über Variante 1 und Variante 2 abgestimmt: Variante 1 wurde einstimmig beschlossen.

Auf Beschluss des Forums wird damit am Maybachufer Anlegestelle Riedel Sanierungsvariante 1 durchgeführt.

Herr Freise bedankte sich beim Forum für den Beschluss. Er bedauerte, dass er das Forum jetzt verlassen müsse, stünde aber für weitere Fragen gerne zu Verfügung.

Mehrere Forumsteilnehmer/innen wollten erneut sichergestellt wissen, dass dieses Vorgehen, wie es jetzt am Maybachufer für die Anlegestelle Riedel angewandt wurde, nicht am gesamten Kanal durchgeführt werde. Herr Scholz bestätigte, dass dies ein Sonderfall bleiben werde. Herr Kessen fügte hinzu, dass dies auch in den intensiv geführten Diskussionen der zwei AK Sitzungen festgestellt und so beschlossen worden sei (s. obige Kriterienliste).

Die Teilnehmer/innen wünschten weiterhin eine hohe Transparenz von Seiten des WSA in jeder Phase der Sanierungsmaßnahme.

Herr Kessen kam zu einem weiteren Aspekt der Diskussion im AK Sanierung im Zusammenhang mit der Diskussion um Anlegestellen:

Die Anlegestellen am Maybachufer dienten der Reederei Riedel auch als Übernachtungsliegeplätze. Ein wesentliches Interesse der Reederei Riedel sei es, nachts gute Anlegestellen zu haben. In dem Moment, in dem dies auch andernorts gesichert sei, sei Herr Freise durchaus bereit, eine von drei Anlegestellen am Maybachufer für andere Nutzer wie Boote, Wassertaxen u.a.m. frei zu geben. Herr Freise sei seit einiger Zeit auf der Suche nach neuen Anlegestellen außerhalb des Landwehrkanals, denn dort existierten bessere Übernachtungsliegeplätze für die Fahrgastschiffe. Hier könnte eine Gewinner-Gewinner-Lösung möglich sein: wenn Herr Freise andere Liegeplätze außerhalb des Landwehrkanals finden würde, verringere sich automatisch insbesondere morgens und auch abends die Lärmbelästigung für die Anwohner und gleichzeitig könnte eine Anlegestelle geschaffen werden, die dann für kleine Boote, Wassertaxen u.a.m. genutzt werden könnte. Voraussetzung sei, dass Herr Freise die Sicherheit haben, nachts gute Anlegestellen für seine Schiffe zu haben.

Herr Hess ergänzte, dass Herr Freise bereits Nachtanlegestellen beantragt habe, die aber nicht bewilligt worden seien. Er regte an, dass das Forum aktiv das diesbezügliche Vorhaben von Herrn Freise unterstützen sollte, um die beschriebenen Vorteile für alle Seiten zu erzielen.

Herr Lingenauber wies nochmal darauf hin, dass man für jeden Uferabschnitt einzeln entscheiden und eine möglichst schonende Lösung finden müsse.

Frau Kleimeier appellierte in diesem Zusammenhang dafür, den AK Schifffahrt wieder ins Leben zu rufen, der sich dieser Fragen annehmen sollte.

5. Was gibt es Neues/Berichtenswertes?

5.1 Status und Fortgang der temporären Sicherungsmaßnahmen zur Entfernung der Betonklötze (WSA)

Frau Riemer berichtete, dass die entsprechenden Aufträge an die Firma Mette vergeben worden seien. Die Rahmentrassen seien freigemacht worden. Die Abstimmung mit dem Baumgutachter laufe noch. Höhenmessungen würden vorbereitet. Maßnahmen zur Beweissicherung würden vorbereitet und es folgte eine Pressemitteilung dazu.

Mittels eines Multilinenlasers, mit dem durch Projektionen in die Baumkronen festgestellt werde, welche Äste von wo ab in den Arbeitsraum hineinragen, würden betroffene Bäume bestimmt werden. Mit diesem Gerät könne nur abends gearbeitet werden.

Auch Nachfrage von Herrn Dohna, ob es Schätzungen gäbe, wann mit Ergebnissen der Kernbohrungen zu rechnen sei, kündigte Frau Riemer an, dass das Forum damit in der nächsten Forumssitzung rechnen könne. Frau Riemer erinnerte daran, dass es das Ziel der Kernbohrungen sei herauszufinden, wie die Mauer aufgebaut sei und wie es dahinter aussehe. Dies finde in ausgewählten Bereichen statt und sei u.a. wichtig im Rahmen der Prüfung der „Variante Kleimeier“.

Herr Appel forderte Frau Kleimeier dazu auf, eine Stellungnahme dazu abzugeben, was mögliche Auswirkungen ihrer Variante auf die ufernahen Baumbestände, insbesondere der Kastanien, seien.

5.2 Verwaltungsprozedere Vergabeverfahren (WSV)

Herr Hildebrandt berichtete, dass er um Aufnahme dieses TOP gebeten hatte, da er aus den Äußerungen im Blog in Bezug auf die „Variante Kleimeier“ Sorgen über vergaberechtliche Probleme entnommen habe. Dazu wolle er gern Stellung nehmen. Die Sorge darüber, dass Frau Kleimeier einen Vorteil gegenüber anderen Bewerbern im Hinblick auf einen möglichen Planungsauftrag zur Sanierung des Landwehrkanals hätte, halte er für nicht gerechtfertigt. Das Vergabeverfahren werde so ablaufen, dass man sich im Forum zuerst gemeinsam auf eine Sanierungsvariante einigen würde und der Bauauftrag dazu anschließend öffentlich ausgeschrieben würde. Jede geeignete Baufirma könne sich dann darauf bewerben. Insofern werde es keine vergaberechtlichen Probleme geben.

Herr Appel führte aus, dass der Ausgangspunkt der im Blog geäußerten Sorge der war, dass Frau Kleimeier einerseits gegenüber möglichen Mitbewerber/innen einen Wettbewerbsvorteil dadurch haben könnte, dass sie die Varianten entwickelt habe und andererseits dadurch ein Loyalitätskonflikt entstehen könnte. Die BI befürchte, dass die Unabhängigkeit von Frau Kleimeier gefährdet sei.

Frau Enwaldt ergänzte, dass auf die Ausschreibung für Planungsbüros zur Findung weiterer Sanierungsvarianten, die die BI durchgeführt habe, sich Frau Kleimeier auch hätte bewerben können. Aber erst durch die Überlegungen zu dieser Ausschreibung sei der BI deutlich geworden, dass man nicht nach weiteren Varianten suchen sollte, sondern dass ein Masterplan für den gesamten Landwehrkanal entwickeln müsse. Zudem habe Frau Enwaldt Sorge, dass die Planungsbüros, die die BI eingeladen hatte zur Auswahl, sich

beschweren könnten, dass eine Variante aus der BI selber komme und eine Gleichbehandlung damit nicht gewährleistet sein könne.

Herr Kessen fasste zusammen, dass die BI befürchte, Frau Kleimeier könnte so nah am Auftragsgeber dran sein, dass sie hinsichtlich der Vergabe des Planungsauftrags möglicherweise einen Vorteil haben könnte. Er ergänzte, dass es aus seiner Erfahrung aus anderen Mediationsverfahren durchaus nicht ungewöhnlich sei, dass durch die enge gemeinsame Zusammenarbeit, Planungsideen aus dem Forum heraus entstünden.

Frau Voskamp klärte, dass ein Planungsauftrag und ein Bauauftrag hier unterschiedlich vergeben würden:

Für Planungsbüros finde eine freihändige Vergabe statt, d.h. mindestens drei geeignete Planungsbüros würden um Abgabe eines Leistungs- und Honorarangebots gebeten.

Für Baufirmen finde eine beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb statt, d.h. jede Firma könne sich mit ihren Eignungsnachweisen um Teilnahme bewerben, um Zusendung der Ausschreibungsunterlagen bitten, diese erhalten, wenn die Firma nachweislich geeignet ist, und ein Angebot abgeben.

Herr Hildebrandt stellte klar, dass er nur dann einen Interessenkonflikt gesehen hätte, wenn der Planungsauftrag öffentlich ausgeschrieben worden wäre, Frau Kleimeier sich darauf beworben und den Zuschlag erhalten hätte. Dies sei aber nicht der Fall gewesen.

Herr Appel äußerte, dass für die BI eine Restbesorgnis bestehen bleibe.

Herr Gödde bat darum, diesen Punkt zu vertagen, da weitere wichtige Tagesordnungspunkte anstünden, die am heutigen Tag in der zur Verfügung stehenden Zeit besprochen werden sollten.

Herr Kessen fragte das Forum, ob die geäußerten Bedenken soweit angesprochen und geklärt seien, dass die weitere Bearbeitung anderer Themen möglich sei. Das wurde von allen Beteiligten bejaht.

6. Stand der Dinge

6.1 Masterplan-Gedanke (BZA + SenStadt)

Frau Kalepky berichtete, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wie zugesagt die Initiative ergriffen habe und einen Brief an die vier weiteren Bezirke gesendet habe, inwiefern ein Interesse bestünde an einer Aufnahme und Weiterentwicklung des Masterplan-Gedankens. Derzeit würde auf die Antworten aus den Bezirken gewartet. Insofern Anfang Dezember noch keine Aussagen vorlägen, beabsichtige sie bei den Ämtern noch einmal nachzufragen. Anschließend könne man sich zusammensetzen und Rahmenbedingungen und Bedarfe ausloten sowie einen Termin mit SenStadt vereinbaren. Aber damit solle im Forum nicht vor Januar 2009 gerechnet werden.

Frau Guttzeit fügte hinzu, dass sie gerüchteweise gehört habe, dass die Senatsverwaltung die Finanzierung des Masterplans nicht übernehmen würde und fragte, inwieweit dies zutreffe.

Frau Kalepky erwiderte, dass erst wenn man wisse, welche Bedürfnisse welcher Bezirk habe, man konkret mit der Senatsverwaltung sprechen könne. Die Zusammenarbeit mit den anderen Bezirken sei sehr wichtig. Über eine mögliche oder nicht mögliche Finanzierung des Masterplans durch SenStadt habe sie nichts gehört.

Frau Mangold-Zatti ergänzte, indem sie wiederholte, dass seitens SenStadt die Bereitschaft gegeben sei, einen Masterplan zu unterstützen. Im 10. Mediationsforum seien die hierfür nötigen Rahmenbedingungen genannt worden. SenStadt habe angeboten, die Moderation dazu zu übernehmen. Zuvor müsse ein entsprechendes Signal von den beteiligten Bezirken kommen. Das WSA habe angeboten, dass Thema gegenüber dem Bund zu vertreten und

dass es Hilfe bei einem solchen bezirksübergreifenden Projekt leisten würde. Frau Kalepky und Frau Mangold-Zatti baten um etwas Geduld, der Gedanke würde verfolgt werden.

Herr Appel drängte drauf, dass der Senat an seine politische Gestaltungspflicht erinnert werden müsse und appellierte an die Bezirke, gemeinsam bezirksübergreifend zusammenzuarbeiten.

Frau Guttzeit betonte, dass es in der anlässlich des Landwehrkanalfests durchgeführten Podiumsdiskussion am 13. September 2008 eine eindeutige politische Willensäußerung hinsichtlich eines Masterplans gegeben habe. Dieser sei nach wie vor auch eine zentrale Forderung der Bl. Sie habe den Eindruck, dass die politischen Entscheidungsträger dafür seien, die unteren Ebenen hingegen nicht.

Frau Voskamp wiederholte, dass die Forumsmitglieder um Geduld gebeten worden seien. Sie erinnerte daran, dass die mögliche Entwicklung eines Masterplans losgelöst vom Mediationsverfahren gesehen und behandelt werden müsse. Es sei vereinbart worden, über den Stand der Dinge in regelmäßigen, sinnvollen Intervallen im Forum zu berichten. Dies habe Frau Kalepky getan und zugesagt, es auch weiterhin zu tun.

Frau Voskamp betonte noch einmal, dass das Forum jetzt den Stand der Dinge erfahren habe und schlug vor, sich nun wieder den Dingen zuzuwenden, die man mit den Mitteln der Mediation beeinflussen könne. Zu gegebener Zeit würde man erneut über den Stand der Dinge hören.

Frau Guttzeit widersprach, indem sie äußerte, nicht daran zu glauben, dass sich die Interessen der Bezirke dahingehend ändern würden, dass sie zu einem finanziellen Engagement in Sachen Masterplan künftig bereit wären. Sie schlug vor, dass man als Forum ein Schreiben aufsetzen sollte, in dem man die verantwortlichen Politiker zur Finanzierung des Masterplans Landwehrkanal auffordern sollte.

Frau Voskamp äußerte ihre Bedenken, dass das gesamte Forum einer solchen Initiative zustimmen würde angesichts der in den letzten Forumssitzungen diesbezüglich geführten Diskussionen. Herr Loch bestätigte diese Einschätzung und sprach sich vehement dagegen aus. Außerdem bat er darum, die Diskussion nicht immer wieder von vorne beginnen zu lassen.

Herr Mechelhoff erklärte für den Bezirk Neukölln, dass es im Bezirk keinerlei Bedarf gebe an der Mitwirkung und Erstellung eines Masterplans. Personelle wie finanzielle Ressourcen stünden dafür nicht zur Verfügung.

Frau Kalepky bat darum, das Ausloten der Möglichkeiten in aller Ruhe anzugehen. Sie bat darum, die Bezirke nicht zur Zusammenarbeit zu zwingen.

Frau Voskamp sprach sich dafür aus, die Diskussion hier abubrechen. Über den Masterplan sei bereits viel gesprochen worden und die Forderung, auch ohne Masterplan ganzheitliche Ansätze zu verfolgen bei der Sanierung des Landwehrkanals sei mehrfach klar formuliert worden. Zum gegebenen Zeitpunkt werde Frau Kalepky wieder über den Stand der Dinge berichten.

6.2 Entwurf eines Fragenkatalogs zur Weiterentwicklung des Landwehrkanal-Gutachtens von 1990 (LDA + WSA + SenStadt)

Herr Lingenauber berichtete, dass von dem „Dreigestirn“ LDA + WSA + SenStadt nur noch ein „Zweigestirn“ LDA + WSA übrig sei. Der Senat habe sich aus seiner Sicht mit der Begründung des Engagements in Sachen möglichem Masterplan zunächst zurückgezogen. Herr Lingenauber habe sich mit Herrn Scholz getroffen und mit einem Gutachter beraten, was nun, 20 Jahre nach Aufstellung des Gutachtens, notwendige und mögliche Ergänzungen des Landwehrkanal-Gutachtens sein würden. Über den Fortschreibungsbedarf gebe es inzwischen ein Konzeptangebot, das zwar noch kein Finanzierungsmodell, jedoch die Titel der Inhalte enthielte. Man gehe jedoch von einem erheblichen Zeit- und

Finanzierungsbedarf aus. Die Aktualisierung der Baum- und Vegetationsstrukturen würde ein Schwerpunkt der Aktualisierung sein. Außerdem werde ein erheblicher Bedarf gesehen in der notwendigen Digitalisierung der Planungsgrundlagen, um sie auf den derzeitigen Stand der Technik zu bringen. Allein hierfür seien beispielweise zwischen 500 bis 2.500 Stunden anzusetzen. Man sei sich einig, dass sehr bald erste Schritte gegangen werden sollen. Gleichzeitig müsse man einräumen, dass es sich bei dem Projekt um ein Mehrjahresprogramm handeln werde.

Die Frage von Frau Voskamp, ob es möglich sei, das inhaltliche Konzept dem Forum zur Verfügung zu stellen, beantwortete Herr Lingenauber mit dem Hinweis, dass die alte Gliederung gleichzeitig auch die neue Gliederung sei. Die Hauptarbeit würde in der Aktualisierung liegen. Darüber hinaus sei die Arbeit der Gutachter geschützt und nicht zur Veröffentlichung vorgesehen.

Herr Scholz ergänzte, dass das WSA zugesagt hätte, sich an den Teilen, die ihm auch nutzen würde, wie zum Beispiel an der Digitalisierung, finanziell zu beteiligen.

Herr Appel betonte, dass er in diesem Zusammenhang erfreut sei über die Arbeit des LDA und des WSA. Gleichzeitig erinnerte er an die Notwendigkeit der faunistischen und floristischen Kartierung.

Frau Mangold-Zatti erklärte in Ergänzung zu der erwähnten Nicht-Beteiligung des Senats, dass man sich bis zu einer Entscheidung über den Masterplan zurückhalten wolle mit seinem Engagement bezüglich der Fortschreibung des Gutachtens. Der Senat unterstütze, dass die notwendigen naturschutzfachlichen Untersuchungen zum Biotop- und Artenschutz sowie die dazu gehörenden Bewertungen durchgeführt werden.

Frau Enwaldt fragte nach, ob die Finanzierung und die inhaltliche Arbeit zur Fortschreiben des Fragenkataloges von Denkmalschutz und WSA allein geleistet würden und ob es nicht möglich sei, von vornherein städtebauliche und ökologische Belange und Finanzierungsmöglichkeiten mit einzubeziehen.

Herr Scholz antwortete, dass die Fortschreibung im Moment von LDA und WSA allein bearbeitet würde und dass das WSA die Fortschreibung in den Teilen mitfinanzieren würde, in denen es in den nächsten 10 Jahren ohnehin gefordert wäre, d.h. wo ein Plangenehmigungs- oder ein Planfeststellungsverfahren notwendig sei. Herr Lingenauber ergänzte, dass der Denkmalschutz sowieso immer ganzheitlich herangehen und arbeiten würde.

Frau Kayser ergänzte zu den finanziellen Rahmenbedingungen, dass durch den Doppelhaushalt die finanziellen Mittel für 2009 bereits festgelegt seien. Kosten für eine Gutachtenfortschreibung seien bisher nicht in der Planung enthalten gewesen. Wenn man dies nun im kommenden Jahr angehen wolle, hieße das, dass an einer anderen Stelle eingestellte finanzielle Mittel gestrichen werden müssten. Dies sei nicht unmöglich, müsse aber gut begründet werden. Derzeit seien deshalb noch keine verbindlichen Zusagen möglich. Sie bat um Verständnis, weil die Ergebnisse der Haushaltverhandlungen noch nicht bekannt seien. Aber es werde auf jeden Fall alles versucht, Gelder dafür anzuwerben.

Herr Appel plädierte dafür, Anfang des nächsten Jahres 2009 mit den Arbeiten am Gutachten zu beginnen. Daraufhin erwiderte Herr Gödde, man solle abwarten, bis die Gliederung für das Gutachten fertig sei, um weiteres zu entscheiden.

Frau Voskamp fragte nach, wann damit gerechnet werden könne, dass die Gliederung für das Forum zugänglich gemacht würde und wann man über die Zeitplanung zur Digitalisierung der Daten mehr erfahren könne.

Herr Lingenauber sagte dazu, dass zur 1. Forumssitzung des neuen Jahres 2009 mit mehr Informationen zu rechnen sei. Vor der Forumssitzung soll über die Mediatoren der Gliederungsentwurf an die Forumsteilnehmer/innen verschickt werden.
Herr Scholz ergänzte, dass er mit einigen Haushaltsmitteln jetzt auch schon bereit stünde.

6.3 AK „Planerbeauftragung“: Beauftragung weiterer Sanierungsvarianten über Plass hinaus

Frau Enwaldt berichtete, dass sie noch nichts Genaueres zum Stand der Dinge sagen könnte, da es noch nicht weiter bearbeitet worden sei von der BI.
Ein Vorschlag für eine Leistungsbeschreibung sei an das WSA geschickt worden. Die BI habe dies mit Verbesserungsvorschlägen zurückerhalten. Sobald ein Einvernehmen über die Leistungsbeschreibung hergestellt sei und die Adressen von geeigneten Planungsbüros vorlägen, würden die Anschreiben an diese verschickt werden.
Herr Appel kündigte an, dass der Vorschlag für eine Leistungsbeschreibung noch in der 47. Kalenderwoche über die Mediatoren verschickt werde.

Frau Kayser fragte nach, ob die Büros, die angefragt werden sollen, dem Forum vorgestellt würden, um Transparenz herzustellen und ob sie Erfahrungen mit denkmalgeschützten Bauwerken vorweisen müssten. Sie bat um Aufnahme dieses Kriteriums in die Leistungsbeschreibung.
Herr Appel antwortete, dass vornehmlich wasserbaulich tätig Ingenieure angeschrieben werden würden. Die BI treffe eine Vorauswahl von drei Büros und übermittle diese dem WSA. Bis frühestens etwa Mitte Januar 2009 könne ein Auftrag erteilt werden, vor März 2009 sei demnach nicht mit Sanierungsvariantenvorschlägen zu rechnen.

7. Verabschiedung

Der letzte Punkt der Tagesordnung „Fortgang des Verfahrens“ wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Herr Kessen bat die Forumsmitglieder darum, sich derweil über den Fortgang des Verfahrens Gedanken zu machen. Es ginge darum, was jedem einzelnen noch wichtig sei und wie sich 11 km Landwehrkanal zeitnah bearbeiten ließen.

Die nächste Forumssitzung findet am Montag, den 15. Dezember 2008 statt.

Herr Kessen und Frau Voskamp bedankten sich bei den Teilnehmer/innen und verabschiedeten die Forumsmitglieder.

Die Sitzung endete um 21:15 Uhr.